

"Der Friede kommt aus Washington" in Le Monde (23. November 1995)

Legende: Am 23. November 1995, nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens von Dayton, kritisiert die französische Tageszeitung Le Monde die Unfähigkeit der Europäischen Union, einen Beitrag zur Lösung des Balkan-Konflikts zu leisten.

Quelle: Le Monde. dir. de publ. Colombani, Jean-Marie. 23.11.1995, n° 15 809; 51e année. Paris: Le Monde. "La paix venue de Washington", p. 16.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/der_friede_kommt_aus_washington_in_le_monde_23_november_1995-de-e0d06cc5-bdee-4911-928b-20ff0c2c69f6.html



Publication date: 05/07/2016

Der Friede kommt aus Washington

Nachdem Präsident Clinton bereits bei dem Händedruck zwischen Israel und Palästina Pate gestanden hatte, oblag es ihm nun einmal mehr, ein weitgehend von der amerikanischen Außenpolitik auf den Weg gebrachtes Friedensabkommen anzukündigen. Einmal mehr kommen die guten Nachrichten aus dem Weißen Haus – auch wenn sie noch in die Tat umgesetzt werden müssen.

Aber selbst wenn der Nahe Osten zumindest seit Camp David ein bevorzugtes amerikanisches Einflussgebiet ist, handelt es sich diesmal um einen ganz und gar europäischen Konflikt, der im Hinterhof der Europäischen Union tobt und zu dessen Beendigung die Amerikaner entscheidend beigetragen haben.

Und wo bleibt Europa, fragt man sich? Darauf antworten die führenden europäischen Politiker genervt: Seit vier Jahren sind vor allem britische, niederländische, spanische, ukrainische und französische Blauhelme vor Ort. Sie haben die humanitären Hilfskonvois geschützt und die Bevölkerung versorgt und medizinisch behandelt.

Zweihundertneun dieser Blauhelmsoldaten haben diesen Einsatz mit ihrem Leben bezahlt, darunter befanden sich auch 53 Franzosen. Diese Männer verdienen Respekt und Anerkennung.

Der Konflikt im ehemaligen Jugoslawien brach unglücklicherweise etwa zu dem Zeitpunkt aus, da die Europäer in der ganzen Welt verkündeten, dass Europa nach dem Ende des Kalten Krieges nunmehr die geeigneten Instrumente entwickeln werde, um Einfluss auf die internationale Politik auszuüben: Europa werde eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik haben.

Kurz, Europa möchte sich als neue „*Großmacht*“ sehen. Das ist die Botschaft von Maastricht. Ein klein wenig herablassend vielleicht und Krönung der 80er Jahre, als zahlreiche europäische Intellektuelle den „*amerikanischen Niedergang*“ glossierten.

Oje! Zum ersten Mal auf die Probe gestellt, zeigt Europa sein Unvermögen. Es trägt seine politischen Meinungsverschiedenheiten dort öffentlich aus, wo es Zusammenhalt und – zur Abschreckung – militärische Stärke hätte demonstrieren müssen. Sicher ist es noch zu früh zu sagen, ob das Friedensabkommen von Dayton ein Triumph amerikanischer Diplomatie ist. Mit Sicherheit ist es jedoch ein Fiasko für die Europäer.

Es ist nicht so, dass die Vereinigten Staaten in dieser Angelegenheit makellos dastehen. Von Anfang an hatte die Bush-Regierung – die eine halbe Million Soldaten zur Rettung einer Ölquelle nach Kuwait geschickt hatte – den geringsten Einsatz verweigert. Die Clinton-Regierung intervenierte erst auf nachdrückliche Forderung der Europäer und hob dann schließlich weitestgehend eine Kopie des europäischen Friedensplans aus der Taufe, mit dem Unterschied, dass der amerikanische Plan auch die Aufhebung des Waffenembargos für Bosnien vorsieht. Die Amerikaner handeln so, weil es um die Zukunft der NATO geht, also um ihre Führungsrolle in der atlantischen Allianz.

Allein, die amerikanische Regierung handelte als echte Großmacht: militärische Stärke im Dienste der Diplomatie. Das macht die Lektion nur noch bitterer für die Europäer, die noch meilenweit von einer gemeinsamen Verteidigungspolitik entfernt sind – die von den neuen Mitgliedern der Union ganz offen abgelehnt wird ... Traurige Bilanz für eine zukünftige „*neue Großmacht*“.